



Medienkonferenz zum Kampagnenstart **BEwährt weiter vorwärts gehen**

18. Dezember 2025, 9.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

BEwährt sicher: Ein sicherer Kanton mit einer sicheren Bundesstadt Regierungsrat Philippe Müller

Sicherheit wird immer wichtiger.

Die internationale und somit auch die nationale Lage haben sich in den letzten 6 Jahren deutlich verschlechtert. Es ist unsere Aufgabe, darauf zu reagieren und Vorsorge zu betreiben. Für die innere Sicherheit sind die Kantone zuständig. Doch innere und äussere Sicherheit lassen sich heute nicht oder nicht mehr trennen.

Es geht darum, den Kanton Bern gegenüber den bestehenden Bedrohungen und Gefahren widerstandsfähiger, neudeutsch: resilienter, zu machen.

Wir rüsten die Polizei mit dem heute leider Nötigen aus wie Cyber-Experten, Drohnen und Drohnenpiloten, Roboterhunde, Drogen- und Sprengstoffhunde, Wasserwerfer. 2020 haben wir begonnen, den Mannschaftsbestand der Kapo Bern zu erhöhen. Plus 360 Männer und Frauen in 10 Jahren. Es läuft alles in allem nach Plan. Das war ein richtiger, vorausschauender Entscheid, der uns heute sehr hilft. Nur würden wir heute wohl gleich 500 bis 600 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten beantragen. Wir werden den Bestand also später auch weiter erhöhen müssen. Gründe dafür liegen u.a. in der Entwicklung der Organisierten Kriminalität, den internationalen Konflikten und ihren Auswirkungen auf die Schweiz, z.B. rund um Botschaften (Russland, Ukraine, Iran, Israel etc.).

Durch gewalttätige Gaza-Demos wird versucht, den Nahost-Konflikt in die Schweiz und in den Kanton Bern zu tragen. Die Polizei ist stark gefordert. Sie wurde von einem äusserst gewalttätigen Mob massiv attackiert. Es wurde auch versucht, jüdische Einrichtungen anzugreifen. Ohne Eingreifen der Polizei und ohne ihren Wasserwerfer wäre möglicherweise nicht nur das Traditionsrestaurant Della Casa, sondern die ganze dortige Häuserzeile der Altstadt von Bern abgebrannt. Unter den beteiligten Demonstranten und ihren Helfern sind nebst arabisch-stämmigen Leuten auch willfähige Unterstützer aus der Schweiz, sowie sogenannte NGO, also private Organisationen wie z.B. Amnesty International. Hier müssen wir sehr aufpassen und Massnahmen ergreifen, gerade was den politischen Extremismus, den politischen Islam und den Antisemitismus angeht.

Auch der Bevölkerungsschutz und die Widerstandsfähigkeit des Kantons und der Verwaltung sollen gestärkt werden. Bergstürze, Blackouts, Überschwemmungen oder auch ein möglicher kriegerischer Beschuss sind reale Gefahren, die wir nicht ignorieren dürfen. Der Zivilschutz wird ausbildungsmässig neu organisiert, das Kantonale Führungsorgan KFO wird klarer aufgestellt und früher eingesetzt als bisher. Infrastrukturen wie unterirdische Bahnhöfe, Parkhäuser oder Tunnels, die während einem möglichen Beschuss vorübergehend Schutz bieten, sollen bestimmt werden. Die Verwaltung soll ihre wichtigsten vitalen Leistungen möglichst unterbruchsfrei auch in der Krise erbringen können und dafür geschult werden.

Schliesslich gilt es, den Rechtsstaat und die Gleichbehandlung aller zu wahren: Alle müssen sich ans Gesetz halten. Die, die das nicht tun, sollen bestraft werden. Und nicht nur einige. Am



Schluss, wenn nötig, mit einer Haftstrafe. Auch wenn die Gefängnisplätze knapp sind. Solange die Platzvorschriften eingehalten sind, sehe ich kein Problem.

Wichtig bleibt die Prävention: im Allgemeinen, sowie an Schulen und im Bereich Häusliche Gewalt im Besonderen, wo in den letzten Jahren die Anstrengungen deutlich verstärkt wurden.

Sicherheit ist Voraussetzung für eine starke Wirtschaft, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunft unserer Kinder. Familien lassen sich dort nieder, und es wird dort investiert, wo Sicherheit herrscht. Sicherheit wird immer wichtiger.